Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Ein Abstimmungs- und Wahlkommentar. Das österreichisch-deutsche Wirtschaftsbündnis.

Entgegen unserer Erwartung sind in der eidgenössischen Abstimmung vom 15. März die beiden Parlamentsreförmchen bei schwacher Stimmbeteiligung (52 v. H.) mit einem Mehr von je rund 40,000 Stimmen (Erhöhung der Wahlziffer 292,000:252,000; Verlängerung der Amtsdauer 294,000:256,000) und einem Verhältnis der Ständestimmen von 13½:8½ bezw. 16:6 angenommen worden. Die Vorlagen, zum mindesten diejenige über die Heraufsetzung der Wahlziffer, sind dadurch nicht besser geworden. Vor allem wird an der Arbeitsweise des Parlaments durch sie nicht das Geringste geändert. Das Abstimmungsergebnis ist dagegen wieder in verschiedener Hinsicht aufschlußreich.

In den Zeitungen liest man schöne Worte vom „Volk" und was es mit seinem Entscheid vom 15. März habe bekunden wollen. Da heißt es an einem Ort: „Als grundlegende Note der Volksmeinung läßt sich herauslesen, daß sowohl die Herabsetzung der Mitgliederzahl wie Verlängerung der Amtsdauer ... als durchaus zweckmäßig befunden worden ist." „Die Mehrheit des Schweizervolkes — heißt es an anderer Stelle — wünscht einen rationelleren Parlamentsbetrieb." An einer dritten Stelle: „Der Volksspruch über den Nationalrat ist nicht allzu hart ausgefallen." — Wie steht es denn in Wirklichkeit mit diesem „Volksspruch", diesem „Wunsch" der Volksmehrheit, dieser „grundlegenden Note der Volksmeinung"? Geben wir uns denn nicht einer großen Selbsttäuschung hin, wenn wir so reden und schreiben?

Im großen Ganzen dürfte die Hälfte der Stimmbürger — die andere Hälfte ist zuhause geblieben — nach den Parolen gestimmt haben, die von den Parteien ausgegeben wurden. Die Parteien ihrerseits haben aber die Parolen sozusagen ausschließlich unter parteitaktischen Gesichtspunkten ausgegeben. Am meisten Eifer entwickelte dabei die sozialdemokratische Partei — gegen die beiden Vorlagen. Sie konnte im Abstimmungskampf ihre Kampfstellung, wie sie sie auf eidgenössischem Gebiet einnimmt (Fortschritt gegen Reaktion), entwickeln und also, so oder so, unabhängig vom Abstimmungsergebnis, parteitaktischen Gewinn einheimsen. Nicht wesentlich weniger Eifer zeigte die katholisch-konservative Partei aus ähnlichen Gründen — für die Vorlage. Ihr paßte es genau so gut, als Hauptgegner sich die Sozialdemokratie (die Linke) gegenüber zu sehen, wie diese am liebsten die Katholisch-Konservativen zum Gegner hat. Das gibt die einfachsten und zügigsten Kampfparolen und beide Gegner können dabei auf Kosten der Mitte Gewinne machen. „Drei Viertel der nationalen Bürgerschaft haben für die Vorlage gestimmt — heißt es in einer katholischen Tageszeitung —; die Haltung der katholisch-konservativen Partei hat ihre Haltung von der erdrückenden Mehrheit ihrer eigenen Getreuen und von der Dreiviertelsmehrheit der nationalen Bürgerschaft gebilligt gesehen. Ihr Standpunkt deckte sich mit der Meinung der zuverlässigen Teile der freisinnigen Partei und der Bauernpartei." Man sieht, die katholische Rechte sucht aus dieser Kampfstellung gegen Links das Ansehen des Trägers und Verteidigers der nationalen Sache zu gewinnen. Sie ist einzig geschlossen für die Vorlagen eingetreten und hat, mit den „zuverlässigen" Teilen von Freisinn und Bauernschaft zusammen, den Sieg davongetragen. Die innerschweizerischen Kantone folgten mit überraschender Sicherheit der katholischen Parteiparole und sicherten damit das Ständemehr. Die katholischen Mittelpunkte Freiburg und Luzern stellten gewaltige Mehrheiten an Ja-Stimmen (14,000:2000 bezw. 13,500:4000).

Der Leidtragende bei der ganzen Angelegenheit ist wieder einmal mehr die bürgerlich-freisinnige Mitte. Erstens unmittelbar, indem sie in erster Linie die Opfer der Verminderung der Mitgliederzahl des Nationalrates zu tragen haben wird. Und dann parteitaktisch-moralisch. Die Vorlagen waren weder ihrer Initiative entsprungen noch bestand in ihren Kreisen eine einheitliche Meinung darüber. In den ehemaligen freisinnigen Hochburgen der großen Mittellandkantone mag die freisinnige Mehrheit der befürwortenden Parteiparole gefolgt sein. Das Ergebnis war durch die geschlossene verwerfende Stimmabgabe der Sozialdemokratie doch ein verwerfendes. In andern Kantonen ist vielleicht der eigenen Parteiparole besserer Erfolg beschieden gewesen. Aber die Unsicherheit, die in den eigenen Reihen bestand, bedeutet auf jeden Fall eine parteitaktische Schwächung, besonders wenn man die vollständige Geschlossenheit der Gegner zur Linken und zur Rechten in Betracht zieht. Diese haben beide aus der Abstimmung Gewinn gezogen. Die Mitte hat dabei nur verloren. — Für den Staat, für die Volksgemeinschaft ist die beschlossene Neuerung belanglos. Sie war im Grunde nicht mehr als ein erwünschter Anlaß zu einer parteipolitischen Kraftprobe, ein Zwischenspiel in dem Dauerkampf um die Macht im Staat, in dem auch unser Staatswesen sich heute befindet. Und das Abstimmungsergebnis bedeutet weder einen „Volksspruch", noch eine „grundlegende Note der Volksmeinung", sondern stellt im wesentlichen nur die Indienststellung der anonymen Volksmasse für Parteizwecke und Gruppeninteressen dar.

Ebenso ernstlichen Anlaß zum Nachdenken geben der bürgerlichen Mitte die Zürcher Stadtratswahlen. Auch hier gewinnt die Linke (diese vor allem) und die Rechte. Die Mitte verliert. Unterschätzt man in unsern bürgerlichen Kreisen nicht doch vielleicht allzusehr die Bedeutung und Wirksamkeit einer geschlossenen, widerspruchsfreien Begriffs- und Vorstellungswelt? Gewiß würde die Mitte sich selbst untreu, wenn sie sich in eine Kampfstellung der Ausschließlichkeit und nicht der Einschließlichkeit begeben wollte. Sie darf sich nicht geistig verengen. Sie muß raumweit bleiben. Heute fehlt ihr aber überhaupt eine wirkliche politische und geistige Zielsetzung, durch die sie sich wesentlich von Links unterscheiden würde. Gewiß, man tritt, im Gegensatz zur Linken, für die Landesverteidigung ein. Aber teilweise doch nur noch bedingt. Und außerdem macht die Zersetzung des Willens zur Wehrhaftigkeit in den eigenen Reihen immer mehr Fortschritte. Das ist auch nicht anders möglich, wenn man die Bekenntnisse von freisinniger Seite zum extremsten Internationalismus und zur Aufgabe des eigenen nationalen Denkens in Betracht zieht. (Man vergleiche z. B. die Äußerungen des freisinnigen Parteipräsidenten Schüpbach im Nationalrat bei Behandlung des bundesrätlichen Berichtes über die XI. Völkerbundsversammlung: Die Wirksamkeit des Völkerbundes liege im internationalen Denken; wir müßten daher das nationale Denken mehr und mehr überwinden!) Unter solchen Umständen stärkt die Rechte ihre Stellung mit ihrer Vorgabe, der einzig „zuverlässige" Träger und Verfechter des nationalen Willens zu sein. In der Mitte aber spürt man das Fehlen eines entschiedenen Willens zum Staat und seiner Zukunftsgestaltung. Schwungkraft und Vertrauen in die eigene Sache leiden darunter. Links und Rechts haben den Nutzen davon. Die Mitte befindet sich in einer ausgesprochenen geistigen Krisis. Hier muß angesetzt werden.

* * *

In der Märzsession des Nationalrates ist auch kurz eine Frage gestreift worden, die in der europäischen Presse soeben einen so großen Verbrauch von Druckerschwärze veranlaßt hat: die Frage des österreichisch-deutschen Wirtschaftsbündnisses. Von sozialistischer Seite wurde eine Interpellation eingebracht, in welcher der Bundesrat um seine Meinung über die Rückwirkung derartiger Wirtschaftsabkommen auf die schweizerische Volkswirtschaft und zugleich darüber gefragt

wurde, ob die Schweiz nicht alle auf die Niederlegung der Zollmauern gerichteten Bestrebungen unter Umständen durch den Beitritt zu entsprechenden Abkommen unterstützen solle. Eine Antwort auf diese Interpellation während der Session ist nicht mehr erfolgt. Auch sonst liegen keine offiziellen Äußerungen zu der Angelegenheit vor. Die Frage dürfte aber unter Umständen früher oder später auch für die Schweiz aktuell werden.

Darauf, um was es sich vorerst handelt, haben wir im August/Septemberheft vorigen Jahres bei Besprechung einiger Schriften Richard Riedls, die im Auftrage der österreichischen Gruppe der Internationalen Handelskammer herausgegeben wurden, hingewiesen („Europa in Abwehr", S. 277, XI. Jahrgang). Eine politische Föderation der europäischen Staaten ist vorläufig, d. h. auf der Grundlage der bestehenden, vielfach widersinnigen und ungerechten Machtverhältnisse ausgeschlossen. Möglich ist augenblicklich einzig ein wirtschaftlicher Zusammenschluß einer größeren oder kleineren Gruppe europäischer Staaten. Schon vor 40 Jahren (1891) waren innerhalb einer europäischen Staatengruppe (Deutschland, Österreich, Italien, Schweiz, Belgien) Verhandlungen über eine gemeinsame, planmäßige und übersichtliche Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen im Gang, die allerdings damals noch zu keinem endgültigen Erfolg führen konnten. Heute muß dieser Kreis weiter auf Frankreich, England, Holland und den Osten und Südosten ausgedehnt werden. Den Ausgangspunkt hat das industrielle Europa zu bilden. Kann dieses dem Südosten einen sichern Absatzmarkt für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse gewährleisten, dann ist der Zeitpunkt auch für dessen Eingliederung in das europäische Wirtschaftsbündnis gegeben.

Solche Vorschläge und Anregungen sind in den letzten Jahren in den Sitzungen der Internationalen Handelskammer und andern Orts gemacht und erörtert worden. Der Völkerbund zog es aber vor, unbeschwert davon, auf dem von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilten Wege seiner „Wirtschaftskonferenzen" weiterzuschreiten. Jetzt endlich hat — Mitte März — die dritte und letzte Tagung dieses Redeklubs mit einem Schlußprotokoll geendigt, das im blumenreichen Völkerbunds-Stil feststellt, daß die Konferenz sich über das Datum der Inkraftsetzung der Handelskonvention, die eine gewisse Stabilisierung der europäischen Zolltarife bezweckte, nicht habe einigen können (als ob es an der Uneinigkeit über das Datum (!) gelegen hätte!). Der Vorsitzende schloß seinerseits die Tagung mit der Feststellung, daß der Versuch, die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 in Wirklichkeit umzusetzen, vollständig mißlungen sei.

Im Frühsommer vorigen Jahres posaunte dann Briand seinen Paneuropa-Plan in die Welt hinaus, an dem der Pferdefuß aber so groß und leicht erkenntlich war, daß niemand an der Mißgestalt Gefallen fand und der Plan zur unauffälligen Beerdigung dem Völkerbund zugewiesen wurde. Der Völkerbund hat dann, wie das sich zu einer Beerdigung schickt, eine Kommission, genannt „Europäische Studienkommission", bestellt. Über deren jüngste Pariser Sitzung und ihre Beschlüsse berichtete ein Zeitungstelegramm u. a.: „Die europäische Kommission hat sich in ihrer Eigenschaft als Kommission des Völkerbundes im allgemeinen an den Geschäftsgang dieser Kommissionen zu halten, kann sich jedoch natürlich auch ein besonderes Reglement schaffen... Fragen, die der Kommission unterbreitet werden, aber nicht auf der Tagesordnung figurieren, dürfen in der laufenden Session nur dann diskutiert werden, wenn die Kommission aus dringenden Gründen in diesem Sinn beschließen würde. Im Prinzip sollen die Beratungen der Kommission öffentlich sein." Wie wird eine spätere Zeit einmal urteilen über diese „im Prinzip" öffentliche, im Nicht-Prinzip geheime, nicht auf der Tagesordnung stehende Fragen nicht diskutieren dürfende — es sei, die Kommission beschließe Diskussionserlaubnis —, „im allgemeinen" an den Geschäftsgang der Völker-

bundkommissionen gehaltene, aber natürlich auch zur Schaffung eines eigenen Reglements zuständige europäische Studienkommission! Armes Europa, wenn dein Heil auf die Taten dieser fisch-vogel-gestaltigen Niemands-Kommission angewiesen wäre; in der übrigens eine Hauptrolle zu spielen der schweizerische Außenminister sich als besondere Ehre anzurechnen scheint! Wie schreibt doch Morel, in seinem an anderer Stelle erwähnten Buch, über die Tätigkeit unseres Außenministers in Genf: „Man spendete Herrn Motta (in Genf) wärmsten Beifall, weil seine Rede den Idealismus Aller und den Egoismus jedes Einzelnen ansprach und den Gewissen schmeichelte, ohne irgend ein Opfer zu verlangen."

In diesen Dunstkreis des offiziellen europäischen Geredes vom Frieden ist die Ankündigung des deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnisses wie eine Bombe geplatzt. Deutschland und Österreich haben einen Schritt in die Welt der Wirklichkeit angekündigt und sind damit überall dort auf geringe Gegenliebe gestoßen, wo man zwar viel von der Sicherheit des Friedens redet, aber damit immer nur diese bestimmte Friedensordnung meint, unter deren Herrschaft Europa nun einmal zu keinem wirklichen Frieden und zu keinem wirtschaftlichen Gedeihen kommen kann. Es wird einen Maßstab für den gegenwärtigen Stand Europas abgeben, ob man Österreich-Deutschland an der Ausführung ihres Schrittes hindern und damit ihnen auch verunmöglichen wird, den Kristallisationskern einer umfassenden europäischen Wirtschaftsorganisation abzugeben.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf eine Veröffentlichung hinweisen, die sich mit einer Frage beschäftigt, von der gerade im Zusammenhang mit der Frage des Wirtschaftsbündnisses jetzt die Rede ist: mit der Anschlußfrage. Daß das Wirtschaftsbündnis einen Schritt auch zur Lösung dieser Frage, zur politischen Vereinigung der beiden Staaten darstellen kann, ist selbstverständlich. Sich deswegen aufregen wird aber nur, wer sich noch immer nicht mit der Tatsache befreunden kann, daß es zu dieser politischen Vereinigung eines Tages kommen wird, mit oder ohne besondere Zustimmung der augenblicklichen Machthaber Europas. Man kann ein siebzig Millionenvolk, das Jahrhunderte im gleichen Staatsverband zusammenlebte, sich immer als ein Ganzes empfunden hat und erst in jüngerer Zeit staatlich getrennt wurde, doch nicht an seiner Vereinigung hindern. Man kann es machtpolitisch nicht. Und man kann es auch aus politischem Anstand nicht. — Wer sich in Muße mit dieser Frage in ihren verschiedenen Ansichten befassen will, greife zu dem vor kurzem im Verlag Braumüller-Wien erschienenen, von Friedrich Kleinwaechter und Heinz von Paller herausgegebenen Band „Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung". Auf über 600 Seiten wird er hier von über 40 Verfassern, vorwiegend österreichischer, aber auch sonstiger europäischer (deutscher, französischer, schweizerischer — der Schreibende dieser Zeilen hat den schweizerischen Beitrag geliefert —) und amerikanischer Herkunft unterrichtet über die historischen Grundlagen, über Europas Stellung zur Anschlußfrage, über Anschluß oder Donaukonföderation, über die großdeutsche Kultur- und Wirtschaftseinheit, über die Anschlußfrage als Wirtschaftsproblem, über Wege zum Anschluß u. s. w. Das in diesem Band Gebotene ist zweifellos das Erschöpfendste, was über diesen Gegenstand schon erschienen ist. — Über die Bedeutung des „Anschlusses" für die Schweiz in militärpolitischer Hinsicht haben wir in unserm eigenen Beitrag u. a. geschrieben: „So läßt sich zusammenfassend sagen, daß militärpolitisch der Anschluß Österreichs an Deutschland für die Schweiz von wesentlichem Vorteil wäre. Wenn einer solchen Auffassung allfällig entgegengehalten wird, es stehe dem Vorteil auch ein Nachteil gegenüber, indem dann die Schweiz von Martinsbruck bis Basel an ein einziges Großdeutschland stoße, so ist zu sagen, daß auch ein solches Großdeutschland immer noch lange nicht über die militärischen Machtmittel verfügen würde, über die das eng verbündete Deutschland und Österreich-Ungarn vor 1914 während Jahrzehnten und

im Weltkrieg verfügten und wodurch die Schweiz doch militärisch nie bedroht war. Die Schweiz muß eben gerade dann als am gesichertsten angesehen werden, wenn an allen ihren Grenzen ein gleichmäßiger militär- und machtpolitischer Druck besteht. Das hat auch der Weltkrieg wieder gelehrt, aus dem die Schweiz zum guten Teil dank einem solchen „Gleichgewicht" ihrer Nachbarmächte unversehrt hervorgegangen ist."

Zürich, den 28. März 1931.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Ein englischer Kronzeuge. Um den deutsch-österreichischen Zollvertrag.

Im scharfen Gegensatz zu Deutschland erscheinen aus den Ländern der frühern Entente eigentlich nur sehr wenig aufschlußreiche, in die Hintergründe und vor allem auch Vorbereitungen des Krieges ungeschminkt hineinleuchtende Erinnerungswerke, Briefwechsel und dergl. Das ist ja auch ohne weiteres verständlich. Weshalb sollen die glücklichen Nutznießer des Sieges Dinge auskramen, die ihnen selbst und ihrer Sache, die sie meist noch immer an hervorragender Stelle vertreten oder leiten, doch nicht viel nützen, vielleicht aber gar schaden können? Deshalb haben es die meisten führenden Persönlichkeiten der Entente bisher vorgezogen, zu schweigen. Und wo sie zur höhern Ehre der eigenen Person gesprochen haben, ist dieser Beitrag zur Kriegsgeschichte meist sehr unwesentlich geblieben. Eine Ausnahme macht natürlich dabei Rußland, wo die alten Machthaber in der Verbannung und die neuen Machthaber miteinander wetteiferten, die Geheimnisse des alten Rußland und seiner Bundesgenossen auszukramen. Hie und da kommt aber doch auch in Frankreich, England, Italien aus verärgerter Eitelkeit oder besonders großem Geltungsbedürfnis heraus ein Werk zu Stande, das wirklich aufschlußreich ist.

Im höchsten Grade aufschlußreich ist nun der Auszug aus den Tagebüchern des verstorbenen englischen Feldmarschalls Wilson, der eben in einer deutschen Übersetzung erschienen ist.[1]) Das Buch hat zwar entschieden seine Mängel. Die Tagebücher sind nur im Auszug wiedergegeben und zwar schon im englischen Original und aus diesem englischen verkürzten Text gibt die deutsche Übersetzung wiederum nur einen Auszug. Vor allem sind die Teile über die Zeit vor dem Weltkrieg dabei gekürzt worden, die für die Erkenntnis der Gestalt Wilsons doch sehr wesentlich gewesen wären. Wiedergegeben wird so eigentlich nur das, was für die Zeit des Weltkrieges von Bedeutung ist. Dieser Teil ist allerdings für die breite Öffentlichkeit in erster Linie von Interesse und zwar von hohem Interesse. Man kann deshalb trotz der allerlei Vorbehalte, die der Historiker gegen ein derartiges Buch machen muß, nur mit Nachdruck auf diese englische Stimme zum Weltkrieg hinweisen.

Fesselnd und aufschlußreich sind schon die Partien aus dem Weltkrieg selbst, wo Wilson an oberster und einflußreichster Stelle den genauesten Einblick in alle Ereignisse hatte. In seinen ungeschminkten Äußerungen erlebt man das ganze Auf und Ab des wechselvollen Ringens mit. Man erkennt, wie die Entscheidung in dem einen oder andern Sinne oft ganz nahe gerückt war. Man sieht, wie England in dem Kriege seine Kräfte bis zum Äußersten anstrengen mußte und unter welchen enormen Schwierigkeiten das geschah. Den deutlichsten Einblick erhält man aber

[1]) Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson. Herausgegeben von Generalmajor Sir C. E. Callwell. Stuttgart 1930, Union Deutsche Verlagsgesellschaft. 418 S.

in alle die Reibungen unter den Bundesgenossen, die natürlich unvermeidlich waren. Wilson hatte wegen seiner alten und engen Beziehungen zu den französischen militärischen Spitzen, vor allem zu Foch, die Aufgabe, hier immer wieder zu vermitteln und die Zusammenarbeit zu ermöglichen. So tauchen natürlich auch in diesen Tagebuchblättern alle die führenden Köpfe Frankreichs, Englands und der Verbündeten auf, die Staatsmänner und die Heerführer. Und sie erscheinen alle ziemlich scharf beleuchtet. Die Urteile Wilsons sind von einer Härte, die nur die gewaltige Spannung des Augenblicks und die leidenschaftliche Energie dieses Mannes erklären können.

Am aufschlußreichsten und wichtigsten aber scheinen mir die Teile des Buches zu sein, die sich mit der Vorgeschichte des Krieges befassen. Diese bieten einen bemerkenswerten Beitrag zur Kriegsschuldfrage. Man denkt ja gewöhnlich unter dem Schlagwort „Militärpartei" nur an Deutschland, Frankreich und Rußland, wo nachgewiesenermaßen immer wieder Offiziere Einfluß auf die Gestaltung der Politik ausübten. England hat man da immer aus dem Spiele gelassen. Wie sollten auch in diesem parlamentarisch regierten Lande mit der betonten Alleinherrschaft der „Zivilisten" in der Regierung Einflüsse aus der Armee sich geltend machen können? Mit der Flotte, da ist es natürlich etwas anderes; aber die kleine Armee Englands, an die denkt man kaum. Darüber nun können uns die Tagebücher Wilsons eines bessern belehren.

Wir sehen Wilson, der immer ein Franzosenfreund und ein Deutschenhasser war, vom Augenblick seiner Ernennung zum Kommandanten der Kriegsschule an die Verbindung mit Frankreich aufnehmen. Das war im Jahre 1907! Von da an bereitete er den Nachwuchs der englischen Offiziere mit voller Absichtlichkeit auf einen Krieg an Seite Frankreichs gegen Deutschland vor. Er selbst verschaffte sich durch immer neue Reisen eine genaue Kenntnis der voraussichtlichen Kriegsgebiete. 1909 suchte er den Kommandanten der französischen Kriegsschule auf, den General Foch. Er besprach mit ihm Kriegspläne gegen Deutschland in allen Eventualitäten. Und in der Folge fuhr er in immer kürzern Abständen nach Frankreich und suchte immer engere Fühlung mit den führenden Militärstellen Frankreichs.

1910 wurde Wilson Chef des Operationsbureaus des englischen Generalstabes und nun begannen die genauen Abmachungen der beiden Generalstäbe über den Aufmarsch gegen Deutschland. So erhielt Wilson im September 1911 nach der Marokkokrise bei einem Besuch des neuen französischen Oberkommandierenden Joffre die sämtlichen Aufmarschpläne der Franzosen und all ihr Material über die Deutschen. Dabei wurde auch der Aufmarsch der Engländer in Frankreich in allen Einzelheiten durchgesprochen!

Und so ging es nun ununterbrochen weiter. Laufend machten sich die beiden Generalstäbe Besuche. Bis in alle Einzelheiten wurde der Kriegsplan festgelegt. Die Militärpartei in England mit Wilson als unaufhörlich vorwärts treibendem Führer schuf so eine Lage, die den freien Entschluß jeder englischen Regierung schon stark einengen mußte. Selbst nach Rußland fuhr Wilson, verhandelte mit dem dortigen Generalstabschef und sah sich die russischen Vorbereitungen an. Diese ganzen Maßnahmen wurden immer offener betrieben. Man trat nun schon an den beiderseitigen Manövern auf und fraternisierte bei jeder Gelegenheit.

Daneben ging natürlich die Bearbeitung der Minister her, sodaß der Plan einer sofortigen Teilnahme an einem Kriege gegen Deutschland immer festere Gestalt annahm. Und doch waren 1914 noch nicht alle Widerstände überwunden. Wieder mußte General Wilson eingreifen und nun die Regierung durch die Militärpartei und die gleichgesinnten Unionisten in den Krieg hineinhetzen. Der Erfolg war bekanntlich schließlich durchaus auf seiner Seite.

Man kann sich angesichts dieser Tatsachen etwa vorstellen, wie in Frankreich und Rußland gearbeitet worden ist. Von allen Seiten wurde das Netz gestellt,

auf allen Seiten wurde zielbewußt gearbeitet, um das aufstrebende Deutschland zu vernichten.

* * *

Wenn man so ganz offen geschildert sieht, wie in den Ländern der Entente von mehr oder weniger verantwortlichen Persönlichkeiten der Krieg planmäßig vorbereitet wurde; wenn man hört, daß in dem angeblich nur wegen der Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg getretenen England die höchsten Militärs mit und ohne Einverständnis der Regierung mit ihren französischen Kollegen alle Kriegspläne ganz genau ausarbeiteten und das fast ein Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Weltkrieges; wenn man all dies hört, so wird man das im Versailler Friedensvertrag festgelegte Bekenntnis Deutschlands zur Alleinschuld am Weltkrieg einmal mehr als unsinnig und als offenen Hohn empfinden.

Und ungefähr das gleiche Gefühl hat man, wenn man jetzt die salbungsvollen Sprüche der französischen Presse und derjenigen der französischen Vasallenstaaten liest, die sich über das deutsch-österreichische Zollabkommen ergießen. Man kommt sich beinahe zehn Jahre jünger vor und glaubt sich wieder zurückversetzt in die Zeiten, wo die Botschafterkonferenz und die Ministerpräsidenten der Entente von Paris aus in ähnlichen Tönen mit dem unterlegenen Gegner verhandelten. Es hat ein einziger diplomatischer Zug Deutschlands genügt, um alle die schönen Gefühle deutsch-französischer Freundschaft und allgemeiner Friedensbereitschaft in ihrem wahren Werte erkennen zu lassen. Jetzt wissen wenigstens alle diejenigen Bescheid, die klar erkennbare Tatsachen auch wirklich sehen wollen.

Das ist eben die vorteilhafte Wirkung aller unvorbereitet eintreffenden Ereignisse, daß im Augenblicke der Überraschung die Leute gewöhnlich zeigen, wie sie wirklich sind und was sie wirklich denken. Das hat sich diesmal in einem ganz erstaunlichen Umfange gezeigt. Eine Überraschung war ja der grundsätzliche Entschluß Deutschlands und Österreichs zur Schaffung eines einheitlichen Zollgebiets. Verhandelt worden ist darüber zwar schon sehr viel, aber nur die wenigsten Leute werden ernsthaft mit einem greifbaren Ergebnis dieser Verhandlungen gerechnet haben. Deshalb hat man sich auch noch nicht in all den diplomatischen Mittelpunkten mit der Sache beschäftigen und sich darauf einstellen können. So machte man eben seiner Erregung und Enttäuschung im Augenblick Luft.

Am schlimmsten hat man sich in Paris und in Prag gebärdet. Es hat sich bei dieser Gelegenheit deutlich gezeigt, daß die französische Politik die ganze Linie der Aussöhnung mit Deutschland, wie man sie seit Locarno wohl oder übel betreibt, nur bis zu einem gewissen Punkt mitmacht und unter keinen Umständen über diesen Punkt hinausgehen will. Dieser Punkt aber befindet sich da, wo die realen französischen Machtpositionen beginnen. Mit äußerstem Widerstreben nur hat man seinerzeit das Besatzungsrecht im Rheinland vorzeitig aufgegeben. Es war das ein Augenblick der Schwäche des französischen Staates, wo der Währungsverfall und die schlimmen kolonialen Schwierigkeiten dringend zum Nachgeben rieten. So verschwanden die Franzosen aus dem Rheinland einige Jahre, bevor sie es nach dem Wortlaut der Verträge ohnehin hätten tun müssen. Seither aber wacht die französische Politik eifersüchtig darüber, daß kein Zipfelchen der durch die Friedensverträge errungenen Rechte preisgegeben wird. Man hat das beim Scheitern der Verhandlungen über das Saargebiet gesehen, trotzdem auch hier der Zeitpunkt des Erlöschens der französischen Hypothek auf deutsches Land rasch näher rückt. Man hat es in der Angelegenheit von Eupen-Malmedy erlebt, wo Paris eine friedliche Beseitigung dieses Streitpunktes zwischen Deutschland und Belgien glatt hintertrieben hat. Heute sieht man es wieder in der beispiellosen Heftigkeit, mit der Frankreich einen vermuteten Schritt zum Anschluß Österreichs an Deutschland bekämpft.

Die Haltung Frankreichs ist also an und für sich durchaus nicht erstaunlich, aber verwundern muß man sich über den Ton, der angeschlagen wird. Der erinnert tatsächlich sehr an die Zeit der unumschränkten und auch restlos ausgenützten Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Festland in den ersten Nachkriegsjahren. Man hält sich in Paris darüber auf, daß die Deutschen das Abkommen mit Österreich in aller Stille abgeschlossen haben. Man mutet der deutschen Außenpolitik also zu, daß sie vor jedem wichtigen Schritt zunächst die andern Großmächte um ihren Rat und ihre Erlaubnis angehen soll. Da sie es aber nicht getan hat, so kanzelt man sie ab wie einen Schwerverbrecher. Man wirft mit Drohungen um sich und erklärt ganz einfach, daß Frankreich den angekündigten wirtschaftlichen Zusammenschluß auf keinen Fall dulden werde. Die feurigen Vorkämpfer des Völkerbundes drohen also ganz einfach mit der Gewalt, wenn die andern Mittel nicht ausreichen. Das ist nichts anderes als die Fortsetzung der französischen Gewaltpolitik, die schließlich zum Ruhrkampf geführt hat.

Um was dreht sich die ganze Aufregung? Eine wirtschaftliche Einigung zwischen Deutschland und Österreich kann vielleicht den beiden beteiligten Staaten etwas nützen, wenn man auch offenbar über den Umfang dieses Nutzens selbst in den nächst betroffenen Kreisen noch durchaus geteilter Meinung ist. Eine wesentliche Steigerung der deutschen Machtstellung aber kann sich daraus auf keinen Fall ergeben. Denn die Zusammenarbeit der beiden deutschsprachigen Staaten ist doch eine vollständig selbstverständliche Tatsache, an der auch das Anschlußverbot nichts ändern kann. Der Wille zur Zusammenarbeit ist im Volke sowohl in Österreich wie im Deutschen Reiche vorhanden und damit wird sich sogar Paris abfinden müssen. Gerade so gut wie man die rechtlichen Verhältnisse, die Schulverhältnisse und dergleichen vereinheitlicht, ohne daß dagegen etwas gemacht werden kann, wird auch die wirtschaftliche Einigung bei einem entschiedenen Willen der Beteiligten nicht unterbunden werden können. Aber an den politischen Tatsachen und den realen Verhältnissen kann auch der jetzige Plan nichts ändern.

Aus diesem Grund kann man eigentlich die entsetzliche Aufregung in Paris nicht recht begreifen. Viel eher kann man die schlechte Laune der Machthaber in Prag verstehen. Die Tschechoslowakei hat ja natürlich wegen der traurigen Behandlung der deutschen Minderheit von 3½ Millionen in ihren Grenzen ein schlechtes Gewissen und sieht deshalb jedes Anzeichen eines österreichisch-deutschen Zusammenschlusses nur mit großer Besorgnis an. Man fürchtet die deutsche Umklammerung von Schlesien bis Wien aufs äußerste und sicher nicht ohne Grund. Aber auch hier gilt dasselbe wie für Frankreich: Tatsächlich ist eben die Tschechoslowakei heute schon von deutschem Gebiet in dem weiten Bogen von Schlesien bis Wien umklammert. Es gibt deshalb auch für sie nur eine einzige vernünftige Politik, nämlich die Einigung mit den Deutschen.

Einstweilen ist man allerdings in Prag wie in Paris der Meinung, daß mit Gewalt gegen die naturgegebenen Tatsachen recht wohl aufzukommen sei. So überbieten sich denn die Herren Benesch und Briand gegenseitig in scharfen Erklärungen. Man schimpft und droht. Man macht alle die Bundesgenossen von Warschau bis Belgrad mobil. Wie weit man mit dieser „Friedenspolitik" kommen wird, das muß die Zukunft zeigen. Einstweilen weiß Europa wieder, wie wunderschön es um die deutsch-französische Freundschaft steht!

Aarau, 30. März 1931.

Hektor Ammann.

Brief aus Straßburg.

Am Schlusse unserer Betrachtung über die elsaß-lothringische Autonomiebewegung im Jahre 1930, die im August/September-Heft der „Schweizerischen Monatshefte" erschien, war versucht worden, die innere Kraft dieser Bewegung darzulegen, die ihr den Endsieg über die mit scharfen Druckmitteln arbeitende Pariser Zwangsassimilierungspolitik sichert. Kurz darauf fanden in Straßburg und Colmar Ersatzwahlen zum Gemeinderat statt, bei denen sich die Kraft der Autonomiebewegung in besonders eindrucksvoller Weise zeigte.

Die Gründe zu jener außerordentlichen Wahlhandlung dürften den Lesern dieser Zeitschrift bekannt sein. Der französische Staatsrat hatte die beiden Stadträte Rossé und Schall, die in dem bekannten Colmarer Autonomistenprozeß u. a. zum Verlust der Bürgerrechte verurteilt worden waren, auf Grund jenes Urteils abgesetzt. Paris glaubte nämlich, der Autonomismus sei einem damals viel benutzten Schlagworte gemäß tot oder am Sterben. Man hielt die Gelegenheit, Rache für die Wahlen von 1928 und 1929 zu nehmen, für gekommen und holte zu einem entscheidenden Schlag gegen die von der Heimatbewegung eroberten Stellungen in den Gemeinderäten von Straßburg und Colmar aus. Fallen diese Stellungen, rechnete man, dann ist die Niederlage der ganzen Bewegung bei einem breiten Frontalangriff sicher.

Jedoch die Gemeinderatsersatzwahlen machten einen dicken Strich durch diese Rechnung. Alle Kräfte hatten die Gegner des Heimatgedankens aufgeboten. Unter Außerachtlassung des einfachsten Gebots der Selbsterhaltung hatten Sozialisten, großbürgerliche Demokraten und Nationalklerikale eine „antiautonomistische Front" gebildet. Der Sieg schien auf Grund roher Berechnungen sicher, da kam das für die „Politik der langsamen Zermürbung" einfach katastrophale Wahlergebnis vom 19. Oktober. Zwar war es gelungen, nicht zuletzt durch raffinierte Schwindelmanöver, die nachher an den Tag kamen, in Colmar den Kandidaten Rossé mit ganzen 8 Stimmen (bei etwa 4500 Stimmen für den Sieger) zu schlagen. Aber in Straßburg eroberte die „Volksfront", unter welchem Namen die Heimatrechtsparteien in den Wahlkampf gezogen waren, nicht nur das Mandat Schall aufs neue, sondern gewann im Straßburger Westkanton, wo ebenfalls Ersatzwahlen stattfanden, noch zwei Gemeinderatssitze hinzu, so daß ihre Mehrheit im Gemeinderat sich verstärkte und ihre politische Stellung sich ganz erheblich festigte.

Die Geschlagenen des Tages waren die Sozialisten, die die Kosten des chauvinistischen Wahlbündnisses zu tragen hatten. Ihr vollständiger Verrat an allen Prinzipien, durch die die Partei groß und stark geworden, rächt sich von Wahl zu Wahl bitterer. Auf dem Lande ist die Partei so gut wie ausgelöscht, in Straßburg bildet sie noch zwar eine größere, aber haltlose, ständig zusammenschrumpfende Gruppe ohne eigene Stoßkraft, die sich zu Söldnerdiensten für die einstmals bis aufs Messer bekämpften „reaktionären und großkapitalistischen" Parteien hergibt. Eine einigermaßen starke sozialistische Partei gibt es nur noch in Mülhausen. Wer den Niedergang der sozialistischen Partei auf einem dem Sozialismus nicht ungünstigen Boden nicht verstehen kann, sei auf die Tatsache hingewiesen, daß die elsässischen Sozialistenführer Peirotes, Weill und Grumbach die Minderheitenrechte, die die elsässischen Autonomisten verlangen und die die Sozialisten beispielsweise in Polen, in der Tschechoslowakei, in Belgien u. s. w. grundsätzlich anerkennen, in der unsachlichsten Weise bekämpfen, um den Pariser Machthabern zu gefallen.

Die Gemeinderatsersatzwahlen hatten ein Nachspiel vor dem elsaß-lothringischen Verwaltungsgericht, das mit dem Falle des nicht wählbaren, aber doch wiedergewählten Stadtrat Schall und mit einem Wahleinspruch Rossés befaßt worden war. Schall wurde natürlich wieder für abgesetzt erklärt,

jedoch gab das Verwaltungsgericht einem vom Straßburger Präfekten gestellten, gesetzwidrigen Antrag, den nächstfolgenden Kandidaten, d. h. den durchgefallenen sozialistischen Kandidaten an Schalls Stelle für gewählt zu erklären, nicht statt, welche Blamage der neue Präfekt, Herr Roland Marcel, anscheinend seelenruhig einsteckte. Im Falle Rossé erkannte das Gericht auf Abweisung des Einspruchs, obwohl die Verhandlung ergab, daß die Gegenseite die Insassen zweier Colmarer Altersheime in Autos abgeholt, großzügig bewirtet, mit Stimmzetteln und einer Gabe von je 5 Frcs. versehen und in geschlossener Kolonne nach dem Wahllokal geführt hatte. So entstehen im Elsaß die „rührenden Treuebekenntnisse zum nie vergessenen Mutterland"!

Nach ihrer Niederlage vom 19. Oktober stellte die Regierung ihre offenen Angriffe auf die beiden Gemeinderäte ein. Wenigstens in Straßburg können seither die Gemeindeangelegenheiten in einer gewissen Ruhe erledigt werden, in Colmar jedoch genügte der Beschluß des Gemeinderats, ein modernes Müllabfuhrsystem einzuführen, um die französisch-patriotischen Geister protestierend gegen die „Geldverschwendung" auf den Plan zu rufen. Es ist indessen anzunehmen, daß die „Dreckeimerschlacht" von Colmar den Sozialisten und Radikalen, die sich hauptsächlich deshalb entrüsten, weil ein Teil (!) der neuen Müllabfuhrwagen deutsches Fabrikat ist, nicht wohl bekommen wird.

Bedeutungsvoller sind die geheimen Anschläge, die die Pariser Politik zur Zeit auf die bis jetzt fast vollständig erhaltene Gemeindeautonomie unternimmt, um den Gemeinderäten von Straßburg und Colmar den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Vor kurzem hat der Senat auf Empfehlung des Nationalklerikalen Joseph Pfleger einen Gesetzentwurf gutgeheißen, der die Ernennung der Armen- und Spitalräte den Gemeinden aus der Hand nehmen und den Präfekten übergeben will. Die Durchführung dieses Gesetzes, die noch von der Kammer abhängt, würde den Gemeinderäten einige ihrer wichtigsten Befugnisse rauben und die Gemeinden herabdrücken auf die Rolle desjenigen, der zu zahlen und den Mund zu halten hat. Dazu kommt, daß bei der Unterordnung unter den Präfekten die Armen- und Spitalverwaltungen ihren derzeitigen sozial fortschrittlichen Charakter einbüßen würden. Diesen sachlichen Gründen entsprechend haben außer Straßburg, Colmar und Hagenau auch solche Gemeinden, die keine autonomistischen Stadtverwaltungen haben, z. B. das sozialistische Schiltigheim, gegen das Vorhaben der Regierung protestiert und es fragt sich, ob angesichts des in Erscheinung tretenden allgemeinen Widerstands die Kammer, die als nächste Instanz zu entscheiden hat, den Gesetzentwurf über den Abbau der elsaß-lothringischen Gemeinderechte annehmen wird.

Bei diesem Anschlag hat ohne Zweifel Herr Roland Marcel, der „Präfekt ohne Familiennamen", wie man hier sagt, seine Hand im Spiel gehabt. Dieser Herr ist überhaupt sehr rührig im Kampf gegen die Autonomisten, er kann es, seinen Reden nach, kaum erwarten, bis die junge, ganz französisch geschulte Generation auf den Plan getreten ist und die „Harmonie mit dem Mutterland zu einer vollkommenen macht". Möglich, daß der Präfekt, der das Elsaß noch nicht kennt, an seine Worte glaubt. Andere Innerfranzosen, die schon länger im Lande sind — wir denken da an einen Professor der Straßburger Rechtsfakultät —, haben jedenfalls festgestellt, daß die schärfsten Autonomisten unter der intellektuellen Jugend der Hochschulen zu finden sind. Was übrigens an einer neuen, „Jungmannschaft" betitelten Beilage der autonomistischen „Elsaß-Lothringer Zeitung" (Elz) zum Ärger aller Verwelschungspolitiker kräftig zum Ausdruck kommt.

Entsprechend der Beharrlichkeit des Franzosen im Verfolgen eines einmal gesteckten Ziels geht der Pressekampf gegen die Autonomiebewegung mit unverminderter Heftigkeit weiter. Bezeichnenderweise wird dieser Kampf zumeist von Leuten geführt, die früher gute Deutsche waren, einmal laute Bekennt-

nisse zum „Deutschen Vaterland" abgelegt oder sich freiwillig zum deutschen Heer gegen den welschen Erbfeind gemeldet haben. Diese „Kämpfer" unterschieben heute den Autonomisten Absichten zugunsten der deutschen Revanche. Der Außenstehende macht sich keinen Begriff von der Niedrigkeit des politischen Kampfes im heutigen Elsaß. Keine Verdächtigung ist zu gemein, wenn es gegen die Autonomisten geht. Setzt sich einer für einfachste Rechte Elsaß-Lothringens ein, so erfährt er Tags darauf in der sog. patriotischen Presse, daß er ein Gauner, Hochstapler, Dieb, Spion oder dergleichen und dazu von Deutschland bezahlt ist. Man wird oft an Marc Twains „Zeitungsschreiberei in Tenessee" erinnert, nur ist die journalistische Buschklepperei im Elsaß weniger frisch-fröhlich und erheblich feiger. Kein Wunder, daß schon mancher Ausländer, der sich in die elsässischen Verhältnisse vertiefen wollte, sein Vorhaben angeekelt aufgegeben hat. Anscheinend geht man in Ermangelung sachlicher Argumente darauf aus, allen anständigen Leuten die Lust an der Politik zu vertreiben, um ganz unter sich zu sein. Jedenfalls ist es ein bedenkliches Zeichen für die französische Idee im Elsaß, daß sie mit solchen Mitteln verteidigt wird und Herr Roland Marcel kann auf sein Pressegefolge von den „bis auf die Knochen Antiklerikalen" bis zu den bischofstreuen „Nationalklerikalen" nicht eben stolz sein.

Auf einer anderen Seite hat die präfektorale Politik einen argen Stoß bekommen durch einen Steuerhinterziehungsskandal, der in Straßburg ruchbar geworden ist. Eine von untadelhaften Patrioten — Stützen des französischen Elsasses — dirigierte, in besten Beziehungen zur gouvernementalen Presse stehende Brauerei hat durch raffinierte Tricks den Staat um 11 Millionen beschwindelt. Natürlich ist den hochangesehenen, teilweise mit der Ehrenlegion ausgezeichneten Steuerhinterziehern nichts geschehen! Wenn aber ein Bäuerlein einen Liter Schnaps „schmuggelt", d. h. dem schikanösen französischen Brenngesetz zuwider über die Straße trägt und dabei erwischt wird, setzt es stets eine harte Geldstrafe ab. Die Schlußfolgerungen, die die Elsässer aus solchen Gegenüberstellungen ziehen, kann man sich denken. Das Regime der dritten Republik, das zur Zeit am Oustric-Skandal schwer zu dauen hat, tritt in den „befreiten Provinzen" nicht gerade einladend auf!

Die Hauptaufgabe des neuen Straßburger Präfekten ist die Zurückführung der katholischen Elsässischen Volkspartei auf die gouvernementale Seite. Soeben konnte man einen Augenblick glauben, das nicht kleine Ziel sei erreicht. In einer Ortschaft nahe Straßburg hat eine Versammlung stattgefunden, in der die hervorragendsten Vertreter der auf heimatlichem Boden stehenden Volkspartei und der nationalkatholischen Partei, der sog. Apna, sich zu gegenseitiger Aussprache trafen. Die beiden Parteien haben sich im Spätherbst 1929 getrennt oder vielmehr, der rechte Flügel der Volkspartei, der von jeher die Begriffe Katholisch und Französisch miteinander verband, hat sich selbständig gemacht, weil er mit der wohlwollenden Haltung der Parteimehrheit den Autonomisten gegenüber nicht einverstanden war. Die Spaltung war von folgenreicher Bedeutung für das politische Leben im Elsaß. Die beiden katholischen Parteien beschuldigten sich dann gegenseitig der Untreue den katholischen Prinzipien gegenüber und die Nationalkatholiken scheuten nicht davor zurück, ihre Glaubensbrüder im anderen politischen Lager in der übelsten Weise persönlich anzugreifen. Was mußte der oberelsässische Katholikenführer, Dr. Hägy, der im Dezember seinen 60. Geburtstag beging, nicht schon alles über sich ergehen lassen!

Nun hieß es auf einmal, die Wiederversöhnung der feindlichen Brüder stehe bevor. Tatsächlich wurden in der betreffenden Versammlung auch sehr versöhnliche Töne angeschlagen, aber bis zur Wiedervereinigung dürfte, wenn sie überhaupt kommt, noch ein weiter Weg sein. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die Nationalkatholische Partei eine mit Regierungsgeld hervorgerufene Schöp-

fung ist und von der Volkspartei nichts weniger und nichts mehr als eine glatte Unterwerfung unter ihre, vor allen Dingen patriotisch-französischen, d. h. gallikanischen Grundsätze verlangt; während die Volkspartei sich hauptsächlich deshalb gegen den französischen Nationalismus wendet, weil er die Einführung der Laiengesetze, d. h. die Abschaffung des von Napoleon herrührenden Konkordats und die religionslose Schule im Gefolge hat.

So war die Regierungspolitik, die sich auf langsame Zermürbung eingestellt hat, bis jetzt wenig erfolgreich. Sie wird auch mit dem Erlaß des Ministerpräsidenten Laval, der für eine Periode von zehn Jahren die Übersetzung aller gerichtlichen Verlautbarungen ins Deutsche vorsieht, den gewünschten Erfolg nicht haben. Zwar ist die Bedeutung dieses Zugeständnisses an dem früher geleugneten deutschsprachigen Charakter Elsaß-Lothringens nicht zu verkennen, doch die Befristung auf zehn Jahre zeigt zu deutlich, daß die Regierung ihre Verwelschungsabsichten nicht aufgegeben hat. Vor allem steht immer noch die grundsätzliche Gleichberechtigung der beiden Sprachen aus, die gut von 90 Prozent der Elsaß-Lothringer verlangt wird.

Die Sprachenfrage ist, trotz der nun auch schärfer einsetzenden Wirtschaftskrise und der Bankenzusammenbrüche, die diese im Gefolge hat, stets die aktuellste aller elsaß-lothringischen Einzelfragen. Die Forderung nach gesetzlicher Anerkennung der deutschen Landessprache ist das Kernstück des Kampfes der Heimatbewegung, es ist zugleich diejenige Forderung, hinter der am leichtesten eine Einheitsfront der elsaß-lothringischen Parteien zu bewerkstelligen wäre. Denn bezeichnenderweise müssen auch die autonomistenfeindlichen Parteien die Daseinsberechtigung der deutschen Sprache anerkennen, wenn sie es auch manchmal in verklausulierter Form tun. In der Kirchen- und Schulfrage, die vor Jahren so viel Staub aufgewirbelt hat, ist zwischen der Regierung und der großen katholischen Volkspartei eine provisorische Vereinbarung dadurch zustande gekommen, daß Poincaré erklärt hat, die Einführung der Laiengesetze solle vom Willen der Elsaß-Lothringer abhängen. Laval hat diese Erklärung in fast feierlicher Form wiederholt. Auch er hat also den autonomistischen Grundsatz der elsaß-lothringischen Selbstbestimmung anerkannt und es ist nun mit aller Berechtigung die Frage zu stellen, weshalb der Wille der Elsaß-Lothringer nur in der Kirchen- und Schulfrage und nicht auch in der viel allgemeineren Sprachenfrage gelten soll? Mit Scheinzugeständnissen, wie die genannte Sprachenverfügung Lavals, ist der Sprachennot, die von Jahr zu Jahr schärfere Formen annimmt, nicht abgeholfen.

Auch hier werden geordnete Verhältnisse dann erst eintreten, wenn die Elsaß-Lothringer endlich ihr Wort mitreden dürfen. Übrigens hat ja Paris gar keine Zeit, um sich eingehend mit den Wünschen und Nöten der Elsaß-Lothringer zu befassen. Das zeigte auch die Behandlung des elsaß-lothringischen Haushalts in der Kammer. Ganze 30, nach einer anderen Lesart 20 Abgeordnete von über 600 waren zugegen, als um 6 Uhr morgens nach einer langen Nachtsitzung der betr. Punkt auf die Tagesordnung kam! Wie kann unter solchen Umständen Ersprießliches herauskommen, fragt sich der Elsaß-Lothringer und denkt an die Zeit zurück, wo ein eigener Landtag und eine eigene Verwaltung die Interessen des Landes rasch und gut zu wahren wußten. Die Gegner belieben oft über die „Sehnsucht nach dem Landtag" zu spotten, als handle es sich um einen Culte du passé, ein Nachtrauern um Zustände der guten alten Zeit. In Wirklichkeit gehört das uns aufgedrängte System des französischen Zentralismus, selbst nach der Meinung vieler Franzosen, der Vergangenheit an. Die Autonomieforderung hingegen weist in die Zukunft, denn, soll Elsaß-Lothringen je eine Mittleraufgabe zwischen Deutschland und Frankreich erfüllen, so kann dies nur ge-

schehen, wenn die eigenartige, mit Verständnis für beide Seiten ausgestattete elsässisch-lothringische Volkspersönlichkeit erhalten bleibt.

Straßburg, den 25. März 1931.

Paul Schall.

Kultur- und Zeitfragen

Die andere Seite der Neutralität.

Im Eifer, seinem Land die Neutralität zu wahren, vergißt man leicht, wie Viele zu dieser Haltung, zu diesem Sich-Bescheiden erst auf mühsamen Umwegen, nach harten Erfahrungen gelangen. Der Waadtländer Schriftsteller **Charles Gos**, der uns schon eine Reihe vielbeachteter Veröffentlichungen geschenkt hat, unternimmt es in seinem neusten, in Drama-Form geschriebenen Buch **„L'Autre Horizon"** (Verlag Attinger, Neuenburg, 1931; 162 S.), die inneren Beweggründe eines schweizerischen Offiziers, der während der Grenzbesetzung in die französische Fremdenlegion desertiert, darzulegen. „Meine Absicht war es — schreibt Gos im Vorwort —, die psychologischen Züge eines Seelenzustandes, einer wahrhaften geistigen Krise festzustellen, die viele Schweizer in der Armee, besonders 1914 und 1915, durchmachten, die aber nicht von der Theorie zur Handlung schritten. Um so mehr stellt die Tat der zwölf Tausend Schweizer, die unwillkürlich und freiwillig Partei ergriffen, einen bemerkenswerten und hohen Augenblick unserer Geschichte dar und ist es wert, in der Dichtung festgehalten zu werden." Schon die Zahlenangaben von Gos sind bemerkenswert. Zwölf Tausend freiwillig in die Fremdenlegion eingetretene Schweizer schlugen sich von 1914 bis 1918 „für Frankreich und die Menschheit". Zehntausend davon auf den Schlachtfeldern Frankreichs, zweitausend in Marokko, in den Dardanellen und in Saloniki. Etwas über 4000 davon waren Deutschschweizer, die übrigen 8000 Welschschweizer. Dreiviertel davon (9000 von 12,000) blieben „auf dem Feld der Ehre". Frankreich geht mit dem Blut seiner Freunde nicht eben sparsam um.

In den seelischen Zustand des Helden — Leutnant Cartigny — leuchtet die Zwiesprache vor der Desertion zwischen diesem und seinem Vater, Brigadekommandant Cartigny, hinein. Cartigny (Sohn) schildert, wie die Untätigkeit den Geist der Armee „austrockne"; „man fühlt, daß unsere Soldaten sich langweilen und der Patriotismus nicht mehr genügt". „Die hohen Gefühle sterben ab; man lebt in einer stickigen Luft materieller und kleinlicher Interessen". „Zu viele Schweizer begnügen sich mit Schwatzen, mit der Bekundung ihrer Sympathien. Es braucht solche, die handeln." „Mich ruft ein anderer Horizont; ich diene einer Idee." „Als Soldat habe ich mein Land zu schützen, als Mensch die Menschheit."

Cartigny läßt sich also in die Fremdenlegion einkleiden, wird in Abwesenheit wegen Desertion vom schweizerischen Militärgericht zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt, kämpft in zahlreichen Schlachten auf französischem Boden, erhält mehrfache Auszeichnungen und kehrt schließlich schwer verwundet, seines Augenlichtes beraubt, in die Heimat zurück. Hier spricht ihn das Gericht — wegen seiner Verwundung und der an sich nicht ehrenrührigen Beweggründe der Desertion — nachträglich frei; der Vater söhnt sich mit ihm aus. Zwischen Vater und Sohn spielt sich am Schluß folgendes Gespräch ab: Der Vater: „Du erinnerst Dich des Tages, an dem Du mir Deine Abreise mitteiltest und daß ich Deinem Grund, um dessetwillen Du desertiertest, der Idee der Menschheit zu dienen, Deine einfache Pflicht entgegenstellte, Deine unmittelbare Pflicht: das Land?" Der Sohn: „Ja, ich erinnere mich. Und Du hattest geantwortet: ‚Das muß Dir genügen'!" Der Vater: „Verstehst Du heute, was ich sagen wollte? Wenn Du Deinem Land gut dienst, dienst Du auch der Menschheit." Der Sohn: „Damals verstand ich es nicht, ... ich war blind, ... aber jetzt verstehe ich, jetzt sehe ich."